

Basisdaten Schloss Hambach
für Exkursion 2026
der Landakademie Weilrod e.V.

Vorbemerkung

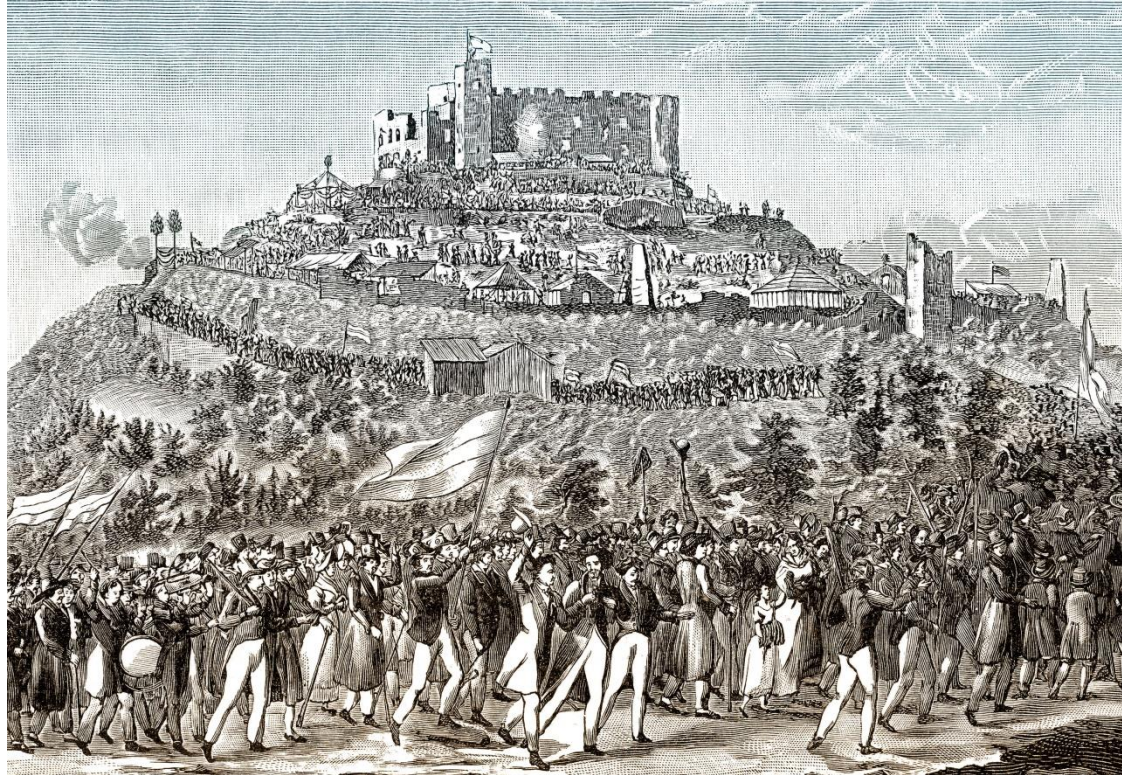
Nur wer die Vergangenheit kennt,
kann die Gegenwart verstehen
und die Zukunft gestalten.

Die vorliegende Ausarbeitung möchte dazu beitragen
ggf. vorhandene Wissenslücken zu schließen.



Wenn man Dinge verstehen möchte,
dann genügt es nicht oberflächlich zu recherchieren,
man muss ihnen auf den Grund gehen!

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert



Vor 190 Jahren trafen sich zehntausende Menschen auf dem Hambacher Schloss,
um über die politische Zukunft zu beraten.
Das Ereignis ging als „Hambacher Fest“ in die Geschichte ein. Es wird Zeit, den Geist von Hambach
wiederzuerwecken – für Europa.

Erstellt von Wilfried Endlein

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

Ab 1787

Die moderne Demokratie mit repräsentativen Parlamenten entstand Ende des 18. Jahrhunderts, maßgeblich geprägt durch die US-Verfassung von 1787 und die Französische Revolution 1789.

1803

Reichsdeputationshauptschluss – Länderreform und Neuordnung der Zuständigkeiten, Ende des Heiligen Römischen Reichs, am 6.8.1806 vollzogen von Kaiser Franz II.



Ergebnis der Neuordnung
Europas unter Kaiser
Napoleon 1803

1813

Nach der äußeren Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft 1813 bis 1815 erwarteten viele Deutsche, insbesondere die Jüngeren, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld riskiert hatten, eine innere Emanzipation von den feudalen und absolutistischen Strukturen, die das Alte Reich geprägt hatten. Die vom Wiener Kongress für den Deutschen Bund mit seinen 41 Mitgliedstaaten beschlossene Bundesakte kündigte in ihrem Artikel 13 „landständische Verfassungen“ an.

1815

Die Staatsmänner verständigten sich auf die Schaffung eines „Deutschen Bundes“ als eine Föderation von souveränen Einzelstaaten mit einer ständigen Bundesversammlung als einzigem zentralen Organ.

1817

Einen weit beachteten Aufschwung nahm die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung mit dem Wartburgfest am 18. Oktober.

Sein Anlass war das Gedenken an den Beginn der Reformation 300 Jahre zuvor mit Luthers Wittenberger Thesenanschlag und der vierte Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht von 1813. Etwa 500 Studenten von überwiegend evangelischen Universitäten und einige Jenaer Professoren zogen von der Stadt Eisenach auf die Burg und forderten „Ehre, Freiheit, Vaterland“.

1819

Im August 1819 stellte sich die Bundesversammlung hinter das Vorhaben des Freiherrn vom Stein, Dokumente zur älteren deutschen Geschichte zu sammeln, woraus die Monumenta Germaniae Historica hervorging. Die Bundesversammlung hielt dies explizit für ein „für die vaterländische Geschichte“ wichtiges Unternehmen. Anders als lange wahrgenommen reagierte der Deutsche Bund also nicht mit blinder Repression auf jegliche Manifestation nationaler Zugehörigkeitsgefühle.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1819

Als am 23. März 1819 der Theologiestudent Carl Ludwig Sand den Schriftsteller und Diplomaten August von Kotzebue ermordete, fürchtete (nicht nur) der österreichische Staatsmann Clemens von Metternich eine revolutionäre Verschwörung, die zu vereiteln als die zentrale Aufgabe der Nachkriegsordnung galt.

- Den Anschlag auf Kotzebue – von der Forschung als erstes politisches Attentat der Moderne auf deutschem Boden bezeichnet – hielt Metternich nicht für die Tat eines Einzelgängers.
- Die „Flamme des Volksgefühls“, die Sand nach eigenen Aussagen hatte entzünden wollen, galt es auszulöschen und die „Volksrache“ gegen die Regierenden im Keim zu ersticken.

Dass sich Sand im Übrigen ebenso wie die Vertreter der Heiligen Allianz auf den Willen Gottes und das Christentum berief, machte ihn und seine Einstellung für die restaurativen Kräfte nicht weniger gefährlich.

Der Deutsche Bund unter Leitung von Österreichs Staatskanzler Fürst Metternich organisierte mit seinen Karlsbader Beschlüssen die Verfolgung von sogenannten Demagogen unter den Studenten und mit ihnen sympathisierenden Professoren, verbot die Burschenschaften, unterwarf die Universitäten einem rigiden Überwachungssystem und führte die Zensur für Bücher und Presse ein.

So herrschte in den 1820er Jahren eine Zeit der politischen Friedhofsruhe.

Das änderte sich, als im Jahr 1830 durch die **Julirevolution** in Frankreich sich die dortige Monarchie den bürgerlichen Kräften öffnete und es in Polen zu Aufständen gegen die russische Zarenherrschaft kam.

Nun gaben sich auch die deutschen Mittelstaaten Kurhessen, Sachsen und Hannover Verfassungen. Doch die Forderungen der liberalen Bewegung gingen inzwischen weiter als die Gewährung von Verfassungen in den Einzelstaaten, sie richteten sich auf die Herstellung der gesamtdeutschen Einheit, die Sicherung allgemeiner Freiheitsrechte und die Durchsetzung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität.

Erstellt von Wilfried Endlein



Status nach dem Wiener Kongress 1815

1830

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1832

Eines der zentralen Ereignisse dieser Fortschrittsbewegung wurde im Mai 1832 das Hambacher Fest.



STIFTUNG
**HAMBACHER
SCHLOSS**

Dabei zogen 20.000 und 30.000 Bürger von der Stadt Neustadt an der Weinstraße auf die vier Kilometer entfernte Hambacher Schlossruine, hörten emphatische Reden über den beginnenden europäischen Völkerfrühling, sangen Lieder und schwenkten Fahnen in den Farben Schwarz, Rot und Gold, die schon beim Wartburgfest gezeigt worden waren, allerdings nicht immer in der Reihenfolge, die später für die demokratische Nationalflagge Deutschlands festgelegt wurde.

Eingeladen hatten die Journalisten Johann August Wirth (1798-1848) und Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789-1845).

Erneut reagierten die im Deutschen Bund versammelten restaurativen Kräfte mit verschärften Verbotsmaßnahmen gegen politische Vereinigungen, öffentliche Kundgebungen und Volksversammlungen sowie der Untersagung des Zeigens schwarz-rot-goldener Farben.

Doch auf Dauer konnte die liberale Bewegung nicht unterdrückt werden.

Auf gesamtdeutschen Treffen gesellschaftlicher Art wie dem Heidelberger Turnertreffen Mitte Juni 1847, dem zwei Wochen später in Lübeck stattfindenden Sängerfest und den Germanistenversammlungen im September 1846 in Frankfurt am Main und ein Jahr später ebenfalls in Lübeck wurde als zwingende Folgerung aus der gemeinsamen Erfahrung der geselligen und kulturellen Einheit die Überwindung der politischen Vielstaatlichkeit in Deutschland beschworen.

Ganz offen erhoben wurden politische Forderungen von südwestdeutschen Demokraten im September 1847 auf ihrer Versammlung im badischen Offenburg und den Liberalen einen Monat später in ihrem Heppheimer Programm.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1848

Allgemein herrschte zu Beginn des Jahres 1848 in der Öffentlichkeit das Gefühl, dass Veränderungen vor der Tür standen, doch die Meinungen über ihre Richtung waren zwiespältig.

So herrschte neben Hoffnung auch viel Verunsicherung.

Die Epoche des Vormärz ist ein Beleg dafür, dass Geschichte grundsätzlich als offener Prozess zu verstehen ist.

Die Ereignisse der Jahre 1848/49 waren folgenreich für die deutschen Staaten.

Die mit der Revolution verbundene Hoffnung auf einen geeinten konstitutionellen Nationalstaat und die Erfahrung politischer Freiheit gingen in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung ein.

Im Frühling des Jahres 1848 erfasste eine Welle revolutionärer Bewegungen die Staaten des Deutschen Bundes – wie auch große Teile Europas. Während der Erschütterungen, die bis zum Spätsommer des darauffolgenden Jahres andauern sollten, gerieten Throne ins Wanken. Verhasste Verbote wurden weggewischt, und ein genereller „Aufbruch zur Freiheit“ lag in der Luft.

Das scheinbar plötzliche und vermeintlich unwiderstehliche Aufflodern der revolutionären Flammen, das schwindelerregende Gefühl unbegrenzter Veränderungsmöglichkeiten und dann die ebenso rapide erfolgende obrigkeitliche Eindämmung der Revolutionen führten dazu, dass dieser knappe Zeitraum manchen Zeitgenossen als geradezu unwirklich erschien.

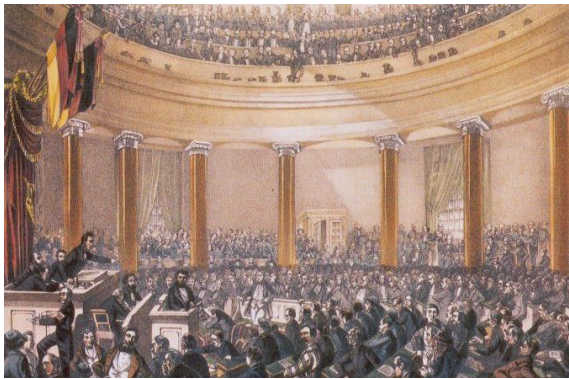
Früh kam – gerade aus konservativer Sicht – für 1848/1849 der Begriff des „tollen Jahres“ auf: Zeitgenossen und spätere Betrachter vertraten den Gedanken, es habe sich hier um eine hitzige, die Regeln der Vernunft sprengende Entgleisung gehandelt.

Mitte Mai 1848 begannen die Beratungen der deutschen Nationalversammlung.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1848

Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt am Main.



Ihre 585 Mitglieder waren aus freien Wahlen hervorgegangen, die im April und Mai 1848 in allen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes stattfanden.

Am 18. Mai zogen die Abgeordneten feierlich in die Frankfurter Paulskirche ein, um sich der historischen Aufgabe zu widmen, Deutschland durch eine liberale Verfassung zu einen.

Getragen von der Gunst der Stunde und der kurzfristigen Lähmung der monarchischen Einzelstaaten erweiterte das Parlament wenig später noch seine Befugnisse, indem es eine deutsche Regierung, die „Provisorische Zentralgewalt“ unter der Führung eines von ihm bestimmten „Reichsverwesers“ einrichtete.

- Die Nationalversammlung bestand aus einer Gruppe wortgewaltiger, tiefeschürfender und redseliger Männer zumeist bürgerlicher Herkunft – in der Hauptsache Staatsdiener und Freiberufler. In den Wahlen hatten sich die moderat liberalen Honoratioren durchsetzen können, die zunächst zuversichtlich davon ausgingen, die gewünschten Veränderungen mit den fürstlichen Machthabern vereinbaren zu können.
- Die großen Hoffnungen, die auf der Paulskirche lagen, konnte das Parlament nicht erfüllen. In der Kürze des machtpolitischen Augenblicks, der ihm vergönnt war, war es den gewaltigen Aufgaben nicht gewachsen.
- Zudem wurde zu viel Zeit mit Grundsatzfragen – wie etwa der rechtlichen Grundlage zur Schaffung einer Regierung oder der Berücksichtigung der sozialen Dimension bei der Abfassung des Grundrechtekatalogs – sowie mit selbstgefälliger Rhetorik vertan.

Allein die Debatten zum Grundrechtekatalog dauerten bis Ende Dezember, und als die Reichsverfassung schließlich am 27. März 1849 verabschiedet wurde, hatte sich das Blatt längst zugunsten der Gegenrevolution gewendet. Vor deren militärischer Macht musste die zum „Rumpfparlament“ geschmolzene Nationalversammlung schließlich im Sommer 1849 fliehen und wurde im Juni 1849 in Stuttgart aufgelöst.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1848 ff.



Bei aller Kritik sollte die Nationalversammlung nicht verdammt werden.

Der von ihr erarbeitete Verfassungsentwurf mit seinem ausführlichen Grundrechtekatalog
und dem sorgfältigen Ausräumen
von demokratischer und monarchischer Macht,
von Föderalismus und Zentralstaatlichkeit
war in vieler Hinsicht wegweisend.

Zudem darf die schier unüberwindbare Komplexität ihrer Aufgabe nicht übersehen werden.

Wie konnten die als deutsch angesehenen österreichischen Provinzen in ein deutsches Reich integriert
werden, ohne den Habsburger Vielvölkerstaat dabei zu zerstückeln?

Aber ließ sich ein geeintes Deutschland ohne Salzburg, Innsbruck und Wien denken?

Über diese Frage und den sich daraus ergebenden Plan, die (klein-)deutsche Kaiserwürde dem
preußischen Königshaus anzutragen, zerbrach die Einheit des Parlaments.

Als Friedrich Wilhelm IV. im April 1849
die durch einen so teuren parlamentarischen Kompromiss erkaufte Krone verwarf,
war klar,
dass die politische Mission der Nationalversammlung unerfüllbar geworden war.

Die parlamentarischen Debatten in Frankfurt und in den verschiedenen Landesparlamenten waren in
einen breiten Prozess der Politisierung der deutschen Bevölkerung eingebunden.

Das befreiende „Märzereignis“ hatte alle Schranken niedergeissen,
die der Ausbildung einer politischen Öffentlichkeit bisher im Wege gestanden hatten.
Wo Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht sogleich bewilligt worden waren,
nahmen sich die Menschen diese Rechte einfach.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1848 ff.

Was wäre gewesen, wenn sich Frauen 1848 nicht mit den Zuschauerplätzen hätten begnügen müssen und ins Parlament hätten gewählt werden können?

Diese Frage ist wohl falsch gestellt, denn das passive Wahlrecht für Frauen lag tatsächlich sehr weit außerhalb des politischen Vorstellungsvermögens der meisten Männer und auch Frauen in den 1840er Jahren.

Die allgemeine Politisierung der Gesellschaft im sogenannten Vormärz, den Jahren zwischen dem [Wiener Kongress 1815](#) und der [Märzrevolution 1848](#), hatte jedoch auch viele Frauen ergriffen.

Obwohl die (von Männern formulierte) Idee der bürgerlichen Gesellschaft eine klare Trennung zwischen der privaten Sphäre der Frauen und der öffentlichen Sphäre der Männer vorsah, wurde diese Trennung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vielfach aufgebrochen.

So konnten sich auch bürgerliche Frauen an der politischen Publizistik im Vormärz beteiligen und in semi-öffentlichen Salons das politische Gespräch organisieren. Schon vor 1848 erstritten sie sich den Zugang auf die Besuchertribünen vieler Landesparlamente.

In der Paulskirche war die Zulassung von Zuschauerinnen dann wenig kontrovers. Frauen wurden durchaus als Teil der sich hier formierenden Nation wahrgenommen, selbst wenn ihre politische Repräsentation allein durch die Männer erfolgen sollte.

Auf der sogenannten Damengalerie fungierten sie als „teilnehmende Beobachterinnen“ (Alexa Geisthövel), unterrichteten Freundinnen, Freunde und Familie per Brief über die Verhandlungen und hielten ihre Beobachtungen in Parlamentstagebüchern fest. Das gilt etwa für die Frankfurter Publizistin Clotilde Koch-Gontard, die zugleich einen wichtigen Salon unterhielt, in dem viele Abgeordnete ein und aus gingen und der so die politische Kommunikation zwischen Parlament und Stadtgesellschaft beförderte.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1848 ff.



Während die Aktivität von Frauen in den Parlamenten und politischen Clubs (den Vorformen der heutigen Parteien) auf das Zuschauen und Kommentieren von der Galerie aus beschränkt blieb, konnten sie auf den Barrikaden auch mitkämpfen.

Viele der Revolutionärinnen, deren Namen man heute noch kennt, haben sich durch ihre Beteiligung an den bewaffneten Kämpfen in das kollektive Gedächtnis eingeschrieben.

Das gilt für Emma Herwegh und Amalie Struve in Baden ebenso wie für Lucie Lenz, die beim Zeughaussturm im Juni 1848 in Berlin dabei war.

Oder für Henriette Zobel, die in Frankfurt für schuldig befunden wurde, den preußischen General Hans von Auerswald beim Barrikadenkampf mit ihrem Regenschirm erstochen zu haben. (Der Regenschirm wird heute im Historischen Museum Frankfurt ausgestellt.)

Das Dienstmädchen Pauline Wunderlich erlangte traurige Bekanntheit, weil sie in einem Aufsehen erregenden Prozess für ihre Beteiligung am Maiaufstand 1849 in Dresden zu lebenslanger Zuchthaushaft verurteilt wurde.

Die Frauen auf den Barrikaden stellten allerdings die Ausnahme dar.

Es ist in der Forschung wiederholt darauf hingewiesen worden, dass Parlamente und Barrikaden primär männliche Orte waren und dass eine Fokussierung auf diese Orte bei der Beschäftigung mit der Revolution von 1848/49 die Frauen systematisch aus dem Blick bzw. an den Rand geraten lässt.

Im Zuge der Revolution von 1848/49 wurde einer wachsenden Anzahl von Frauen bewusst, dass das politische Freiheitsversprechen nur unzureichend eingelöst wird, wenn es ausschließlich den Männern zugutekommt, ja dass dann eine Hälfte des Menschengeschlechts, wie Louise Otto es ausdrückte, in Knechtschaft belassen werde.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert, ff.

1849

Diese breitgefächerten Entwicklungen waren bedeutsam – gerade auch auf längere Sicht, aber sie konnten den Umschlag im Herbst des Revolutionsjahres nicht verhindern.

Im September brachen in Frankfurt und Baden Volksaufstände der städtischen Unterschichten und innerhalb der Landbevölkerung aus, die sich diesmal gegen die neue Ordnung richteten.

Enttäuscht vom zögerlichen Tempo der Veränderungen und von Rückschlägen im nationalen Krieg gegen Dänemark sowie angestachelt von republikanischen Wortführern wie Ludwig Simon und Gustav Struve wandten sich radikale Aufständische gegen die Nationalversammlung und das badische Märzministerium unter Karl Georg Hoffmann.

Mit Hilfe preußischer, österreichischer und badischer Truppen wurden diese Erhebungen resolut niedergeschlagen, und das Schreckgespenst eines linksradikalen Umsturzes gab den Revolutionsgegnern nunmehr eine scharfe politische Waffe in die Hand.

Von der anhaltenden Dynamik der revolutionären Aktionen im Arbeiter- und Handwerkermilieu verunsichert, sehnte sich das politisch moderate Bürgertum zunehmend nach Ruhe und Ordnung.

Nachdem der nun wieder fest im Sattel sitzende preußische König Kaiserwürde und Verfassung verworfen hatte, wandte sich das Frankfurter Parlament im Mai 1849 an das deutsche Volk: jeder sei nun aufgerufen, dem Verfassungstext Gültigkeit zu verleihen.

Als Reaktion darauf entwickelte sich eine zweite Revolutionswelle, die Reichsverfassungskampagne.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert

1849

Es kam zu einer veritablen Presse-Explosion: Zahllose Zeitungen, Zeitschriften, Pamphlete und Flugblätter aller politischen Couleur wurden landauf landab gedruckt und eifrig gelesen.

In ganz Deutschland sollen 1849 ca. 1700 Zeitungen erschienen sein. Bis in das platte Land hinein fanden sich Lesehallen, wo solche Druckerzeugnisse auslagen und hitzig diskutiert wurden.

Ohne Angst vor Polizeispitzeln oder Gendarmen haben zu müssen, debattierten die Menschen nun leidenschaftlich auf Straßen und Plätzen, in Gasthäusern und Cafés. Nicht selten entwickelten sich aus solchen Diskussionen Protestzüge, in deren Verlauf die Forderungen der Menge lauthals an die Orte der Macht transportiert wurden – vor Schlösser, Rathäuser oder Ministerien.

Gerade in den größeren Städten garte die „Straßenpolitik“ beständig, aber entgegen einer älteren Forschungsmeinung blieben auch die Bewohner ländlicher Räume weiterhin politisch mobilisiert.

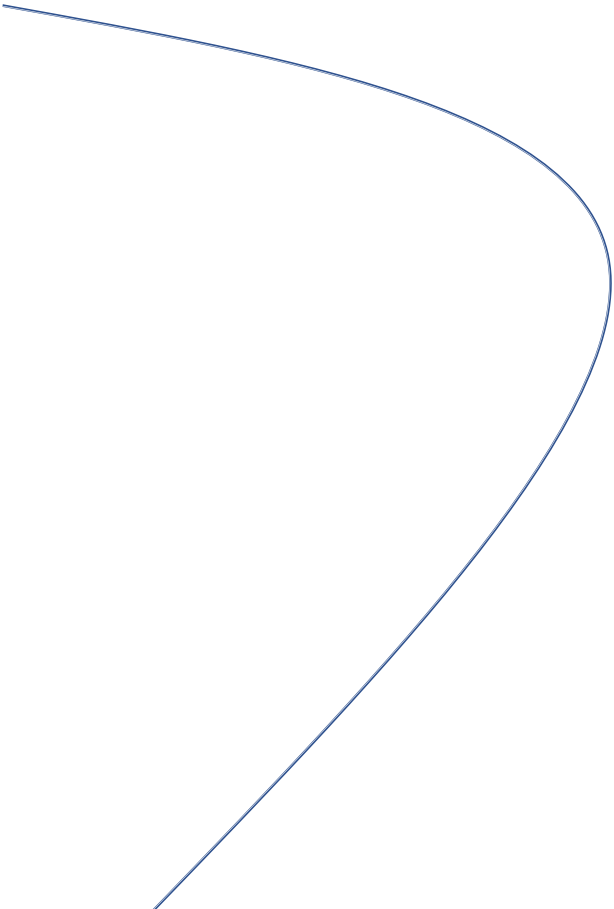
Ein solches Engagement wurde auch durch eine Vielzahl von Festen aufrechterhalten, auf denen die revolutionären Errungenschaften gefeiert wurden oder man den Opfern der Kämpfe gedachte.

Der revolutionäre Politisierungs- und Mobilisierungsprozess war so umfassend, dass selbst unterprivilegierte Gruppen – wie beispielsweise Frauen oder Juden – die Gelegenheit ergriffen, sich aktiv einzubringen.

Zeitgleich bildete sich eine unüberschaubare Vielzahl von Vereinen, Clubs und Verbindungen, in denen Gleichgesinnte zur besseren Vertretung ihrer Interessen zusammenkamen. Dabei ist vor allem die Gründung politischer Vereine zu beachten, die das gesamte Spektrum umfassten. Schon bald wurden hier die Unterschiede zwischen Demokraten und Liberalen deutlicher, die im Vormärz noch durch ihre gemeinsame Opposition zum monarchischen Obrigkeitsstaat verdeckt geblieben waren.

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert, ff.

1850, ff.



Unter dem Banner des Verfassungstextes mobilisierten sich vor allem städtische unterbürgerliche Kräfte zur Verteidigung der Revolutionserregenschaften gegen die fürstliche Gegenrevolution.

In Hannover, Württemberg und Preußen kam es zu teilweise blutigen Auseinandersetzungen. Nach der Flucht des sächsischen Königs bildete sich in Dresden eine kurzlebige Gegenregierung, die Anfang Mai von preußischen und sächsischen Truppen in Barrikadenkämpfen niedergeworfen wurde.

Im Königreich Bayern wurden die Unruhen in Franken durch die Ausrufung einer kurzlebigen Republik in der Rheinpfalz überschattet. Sie trat Mitte Mai ins Leben, wurde aber schon einen Monat später von preußischen Interventionstruppen beendet.

Die Hoffnung auf einen geeinten konstitutionellen Nationalstaat und die kurze, aber intensive Erfahrung politischer Freiheit ließen sich nicht aus dem kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung tilgen. Trotz beachtlicher Anstrengungen gelang es den Regierungen in den 1850er Jahren nicht, die Uhr gänzlich auf die Zeit vor dem März 1848 zurückzudrehen.

Preußen blieb ein Verfassungsstaat, in dessen Landtag liberale Abgeordnete schon 1858 wieder die Mehrheit bildeten.

Unter dem Beifall der nationalliberalen Partei wurde König Wilhelm I. von Preußen, der 1849 als Prinz die Truppen im badischen Feldzug kommandiert hatte, 1871 zum Kaiser eines konstitutionellen deutschen Nationalstaats ausgerufen.

„Die Totengräber der Revolution von 1848“, so der grimmige Kommentar von Friedrich Engels, „waren ihre Testamentsvollstrecker geworden.“

Eckdaten der Ereignisse im Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert, ff.



Die Leibeigenschaft in Deutschland wurde nicht durch ein einzelnes Gesetz, sondern in einem stufenweisen Prozess zwischen 1781 und 1848 abgeschafft.

Maßgeblich waren die preußischen Reformen ab 1807 (Oktoberedikt), während sie in anderen Regionen wie Württemberg (1817) oder Mecklenburg (1820) zu anderen Zeiten aufgehoben wurde.

1781/1783: Teilaufhebungen in den habsburgischen Ländern (Österreich/Teile Süddeutschlands).

1807: Das Oktoberedikt in Preußen läutet das Ende der Leibeigenschaft ein (vollständig umgesetzt bis ca. 1810/1811).

1808: Aufhebung in vielen napoleonisch geprägten Gebieten wie dem Königreich Westphalen.

1811: Abschaffung im Großherzogtum Hessen.

1817: Aufhebung in Württemberg.

1820: Gesetz zur Aufhebung in Mecklenburg.

1848: Mit der Revolution 1848 wurden die letzten Reste der Grundherrschaft und die damit verbundenen Arbeitsdienste in den meisten deutschen Staaten endgültig beseitigt. Die Bauernbefreiung war ein langer, schrittweiser Prozess, der die persönliche Freiheit der Bauern herstellte, sie aber oft durch Ablösezahlungen für das Land an die Gutsherren finanziell stark belastete.

Was ist Demokratie ?

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, und sie umfasst das Versprechen gleicher Teilhabe.

Für uns ist Demokratie heute nur auf Grundlage einer Verfassung denkbar, die die Herrschaft des Volkes über Verfahren definiert und die zudem die individuellen, gleichen Rechte jedes Bürgers und jeder Bürgerin garantiert.

Erst spät und als Ergebnis eines langen Lernprozesses hat sich die liberale, parlamentarische Demokratie, wie wir sie heute kennen, durchgesetzt.

Dabei bleibt die Frage, was wir unter Demokratie verstehen, stets selbst ein Gegenstand politischer Auseinandersetzung.

Demokratie ist im Wandel.

Und sie ist zerbrechlich. Wir erleben es jeden Tag.

Der 18. März ist ein bedeutendes Datum der deutschen Demokratiegeschichte.

Demokratiegeschichte ist ein Prozess, der voller Konflikte und Widersprüche steckt.

Immer wieder sind in Deutschland und Europa Individuen und Gruppen für die Ausweitung politischer Partizipation eingetreten, auch wenn nicht von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen bedacht worden sind.

Durch diesen Prozess wurden individuelle Rechte hervorgebracht, die heute in unserer Verfassung als Grundrechte fest verankert sind:

Gleichberechtigung,
Wahlrecht,
Meinungs-,
Versammlungs-
und Pressefreiheit.

In unserer Demokratiegeschichte können wir – trotz ihrer Ambivalenz – Orte entdecken, die Orientierung geben, und auf Personen stoßen, die sich mutig engagiert haben – egal, ob die konkreten Bemühungen im Einzelfall von Erfolg gekrönt waren oder nicht.

Engagement braucht auch heute Haltung und historische Vorbilder, die aufzeigen, dass jede und jeder Einzelne etwas bewirken kann.

Zeitgeschichtlicher Rückblick auf Ereignisse am 18. März im Zeitraum 18. Jhd. bis heute

Am **18. März 1793** erklärte der rheinisch-deutsche Nationalkonvent die Volkssouveränität und gründete die Mainzer Republik, ein frühes Beispiel teil-demokratischer, parlamentarischer Selbstverwaltung.

55 Jahre später, am **18. März 1848**,
führten die Barrikadenkämpfe in Berlin zur Märzrevolution,
einem zentralen Moment des Kampfes für politische Mitbestimmung.

Am **18. März 1920** ist nach einem reichsweiten Generalstreik der Kapp-Putsch
gegen die junge Weimarer Republik endgültig gescheitert
und der **18. März 1990** markiert die erste und einzige freie Wahl zur Volkskammer der DDR
im Zuge der Friedlichen Revolution.

Der 18. März eignet sich daher wohl wie kein anderer Tag,
um an die wechselvolle Demokratiegeschichte Deutschlands zu erinnern.

Fazit

Positive Ereignisse und Prozesse unserer Freiheits-, Verfassungs- und Parlamentsgeschichte
sind von hoher erinnerungspolitischer Bedeutung
und bilden gerade in Zeiten,
in denen unsere freiheitliche Demokratie starken Gefährdungen ausgesetzt ist,
eine wichtige Orientierungsgrundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens
und einen wichtigen, aktuellen Beitrag zur Demokratiebildung und Demokratievermittlung.

Exkurs - Frühe Geschichte von Schloss Hambach



Die ursprüngliche Anlage stammte aus dem 11. Jahrhundert und gehörte zum Eigentum der Salier. Sie erhielt ihren Namen nach dem *Kästenberg* (dem heutigen Schlossberg). Weil sie an strategisch günstiger Lage errichtet wurde, beherrschte sie die sich bei Neustadt kreuzenden Handelswege.

Der Speyerer Bischof Johannes I. († 1104), der verwandtschaftlich mit den Saliern verbunden war, vermachte die Burg dem Hochstift Speyer, dem sie über Jahrhunderte bis zum Ende der Feudalzeit gehörte. Die Burg spielte eine prominente Rolle bei der Verteidigung des Hochstifts im Mittelalter, wie zahlreiche Besuche von Bischöfen ab 1180 bezeugen. Viele Speyerer Bischöfe haben zeitweise hier residiert; Nikolaus von Wiesbaden empfing am 12. Juni 1388 in der Burgkapelle die Bischofsweihe.

Zu den sich nach der Burg benennenden Ministerialen gehörte Trushard von Kästenburg (bezeugt 1178 bis 1201). Er machte eine glänzende Karriere im Dienste Kaiser Heinrichs VI. Ab 1188 wurde er in die Lombardei entsandt, im selben Jahr wurde er Podestata von Chieri und Ivrea, dann 1193 kaiserlicher Vertreter in Italien, bevor er nach Speyer zurückkehrte und Schatzmeister wurde. Die Nachfolger von Trushard waren andere Familien, wie ab 1256 die Schnittlauch von Kästenburg.

1552 eroberten Truppen des Markgrafen und Söldnerführers Albrecht Alcibiades die Burg und brannten sie nieder, weshalb die Bischöfe in das nahe als Ersatz errichtete Schloss Geispitz zogen. Bischof Marquard von Hattstein ließ die Kästenburg notdürftig wieder aufbauen. Die Anlage diente danach einem bischöflichen Förster als Domizil.

Im Pfälzischen Erbfolgekrieg wurde die marode Anlage 1688 von den Franzosen niedergebrannt und blieb Ruine.

Lediglich die dem Erzengel Michael geweihte Burgkapelle wurde nochmals aufgebaut und am 9. Juli 1723 wieder eingeweiht.

Französische Revolutionäre plünderten diese am 30. Juli 1794 und zerstörten sie. Die dort von den Gläubigen verehrte Figur des Erzengels Michael banden sie dabei zum Spott an den Schweif eines Pferdes und ritten damit durch die Straßen. Die gesamte Burgruine fiel zunächst an den französischen Staat, später (1816) an das Königreich Bayern.

Das Schloss ist heute **keine Ruine** mehr. Es war zwar lange Zeit eine, wurde aber nach umfassenden Umbauten und Renovierungen (zuletzt um 2008) als modernes Schloss wiedereröffnet.

Frühe Geschichte von Schloss Hambach

Marquard von Hattstein Fürstbischof von Speyer

beigesetzt im Dom zu Speyer

Bischof seit 1560 * 29.8.1529 in Usingen
+ 7.12.1581 in Udenheim



Er ließ die Kästenburg nach ihrer Zerstörung 1552 notdürftig wieder aufbauen.

Geschichts-Meilensteine:

Bei der Krönung Kaiser Maximilians II., mit dem ihn zeitlebens Freundschaft verband, wirkte Marquard (zusammen mit dem Mainzer Erzbischof und dem Bischof von Würzburg) mit, ebenso bei der Verlobung bzw. Trauung der Kaisertöchter Elisabeth und Anna 1570 in Speyer.

Die engen Beziehungen zum Kaiser wie auch zum Mainzer Erzbischof brachten Marquard, nach der Resignation Graf Friedrichs von Löwenstein, 1569 als ersten einer Reihe Speyer Fürstbischöfe in das Amt des Kammerrichters am Reichskammergericht zu Speyer (Prägung von Halbguldenstücken zum Amtsantritt).

Nun besserte sich auch das gespannte Verhältnis zur prot. Reichsstadt Speyer. Gegenüber den weltlichen Nachbarterritorien betrieb Marquard eine vorsichtige Politik. Gegen die zahlreichen Klosteraufhebungen, die Durchsetzung der Reformation in Gemeinschaftsherrschaften und die Besetzung Speyer.

Mit Kf. Friedrich III. von der Pfalz und dessen Sohn Johann Kasimir verband ihn Freundschaft, weshalb das Speyer. Territorium, im Gegensatz etwa zum Hochstift Worms, zu Marquard Lebzeiten nicht behelligt wurde.

Dauerausstellung auf Schloss Hambach

Die Ausstellung ist Teil des Besuchs des als „Wiege der deutschen Demokratie“ bekannten Schlosses.,

Die Ausstellung gewährt Einblicke in die Ereignisse vom 27.März 1832,
als ca. 30.000 Menschen für Freiheit, Einheit und Europa demonstrierten.

Gezeigt wird das original Exponat der ersten schwarz-rot-goldenen Fahne, als Symbol der Freiheitskämpfer.

Zahlreiche interaktive Elemente an verschiedenen Stationen laden zum Mitmachen, Abstimmen und Kommentieren ein.

Ein Einblick in die Dauerausstellung auf Schloss Hambach



Die Ausstellung dokumentiert die Ereignisse vom März 1832, mit all ihren Randbedingungen, sehr eindrucksvoll.

Ein Einblick in die Dauerausstellung auf Schloss Hambach



Fühlen Sie sich in die Zeit des Biedermeier zurückversetzt.

Erstellt von Wilfried Endlein

Ein Einblick in die Dauerausstellung auf Schloss Hambach



Vielfältige Aktivstationen lassen den Besuch zu einem Erlebnis werden und machen Geschichte greifbar und lebendig.

Ein Einblick in die Dauerausstellung auf Schloss Hambach



Ein Einblick in die Dauerausstellung auf Schloss Hambach



Meinungs-, Versamlungs- und Pressefreiheit sind zentrale Errungenschaften unserer Demokratie, die fest mit dem Hambacher Schloss verbunden sind.

Ein kleiner Blick auf Neustadt an der Weinstraße,
dem Ausgangspunkt
des Gangs zum Schloss Hambach.



Neustadt an der Weinstraße – Ausgangsort des Gangs zum Hambacher Schloss im Mai 1832



Neustadt an der Weinstraße – Ausgangsort des Gangs zum Hambacher Schloss im Mai 1832